

Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 153

Mittwoch, den 21. Dezember

1921

Inhalt: Gesetz, betreffend Änderung des Senatsdaches vom 18. Februar 1921, S. 693. — Gesetz, betreffend Änderung des Beamtenbeholdeungsrechtes vom 24. Juni 1920 (22. Juli 1921), S. 694. — Polizeiverordnung über die Aushebung der Posten von Neuenbüttel nach Garbsen, S. 696. — Polizeiverordnung, betreffend Dresden, S. 696.

Bekanntmachungen des Senats.

Gesetz,

betreffend Änderung des Senatsgesetzes vom 18. Februar 1921.

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

Art. I

Der § 8 Satz 1 des Senatsgesetzes erhält folgenden Wortlaut:

„Die Senatsmitglieder beziehen das jeweils für die Einzelgehaltsgruppe 5 der Reichsbefohlungserordnung I vorgesehene Grundgehalt; falls sie nach Art. 39 der Verfassung neben dem Senatsamt eine sonstige Berufstätigkeit ausüben, beziehen sie die Hälfte dieses Betrages als Grundgehalt.“

Art. II

Im § 14 Abs. 1 Satz 1 des Senatsgesetzes werden die Worte „nach jedem ferner im Amt verbrachten Jahre“ durch „jährlich“ ersetzt. Als letzter Satz wird diesem Absatz hinzugefügt: „Im Falle einer Erhöhung des ruhegehaltsfähigen Diensteinommens erhöht sich auch das Ruhegehalt entsprechend.“

Art. III

Der § 18 des Senatsgesetzes erhält folgenden Zusatz:

„Im Falle einer Erhöhung des ruhegehaltsfähigen Diensteinommens der Senatsmitglieder erhöhen sich auch die Hinterbliebenenbezüge entsprechend. Doch sind die für die Bezüge der Beamtenhinterbliebenen jeweils festgesetzten Höchstbeträge auch für die Versorgung der Hinterbliebenen von Senatsmitgliedern maßgebend.“

Art. IV

Der § 23 des Senatsgesetzes erhält folgenden Zusatz:

„Der Bürgerausschuss ist befugt, auf Antrag des Senats die Ruhegehalte noch weiter, jedoch nicht über den Höchstbetrag des jeweils den Staatsräten einschließlich der gleichlichen Zusatzzlage zustehenden Ruhegehalts hinaus, zu erhöhen.“

„Der Bürgerausschuss ist auch befugt, auf Antrag des Senats die Ruhegehalte der vor Austritten dieses Gesetzes aus dem Senat angeschiedenen Senatsmitglieder bis zu dem Betrage zu erhöhen, den sie zur Zeit der Beschlussfassung bei entsprechender Anwendung der §§ 13, 14 erhalten würden. Auf den Mehrbetrag findet § 17 entsprechende Anwendung.“

Der Bürgerausschuss ist ferner befugt, auf Antrag des Senats den Wittwen der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes im Amt verstorbenen oder mit Ruhegehaltsberechtigung aus dem Senat ausgeschiedenen Senatsmitglieder, Senatssekretäre und Senatsassistenten ein Witwengeld bis zu dem nach § 18 zulässigen Betrage zu gewähren.“

Ausgesetzt Hamburg, den 19. Dezember 1921.

Der Senat.

Gesetz,
betreffend Änderung des Beamtenbeoldungsgesetzes vom 24. Juni 1920/
22. Juli 1921.

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

Art. 1

Das Beamtenbeoldungsgesetz vom 24. Juni 1920 (Amtsblatt S. 801) in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juli 1921 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 341) erhält folgende Änderungen:

- I. § 31 Abs. 1: (Kinderzuschlag.) Die Zahl 40 wird durch 150, die Zahl 50 durch 200 und die Zahl 60 durch 250 ersetzt.
- II. § 31 Abs. 2: Das Wort „reichsteuerpflichtiges“ wird gestrichen. Die Worte „reichsteuerfreien Einkommensteil“ werden beide Male ersetzt durch die Worte „Betrag von .N. 1500“
- III. In den Beoldungsplänen der dem Beamtenbeoldungsgesetz als Anlage 1 beigefügten Beoldungsordnung werden die Grundgehaltsätze wie folgt geändert:

A. Allgemeiner Beoldungsplan.

1. Aufsteigende Gehälter.

Gruppe I:	7 500—8 100	8 700—9 300	9 900—10 500	11 000—11 500	12 000 .N.
II:	10 000—10 400	10 800—11 200	11 600—12 000	12 400—12 700	13 000 “
III:	11 500—12 000	12 500—13 000	13 400—13 800	14 200—14 600	15 000 “
IV:	12 500—13 000	13 500—14 000	14 400—14 800	15 200—15 600	16 000 “
V:	13 500—14 000	14 500—15 000	15 400—15 800	16 200—16 600	17 000 “
VI:	14 500—15 200	15 900—16 500	17 100—17 700	18 300—18 900	19 500 “
VII:	16 000—16 900	17 700—18 500	19 300—20 100	20 900—21 700	22 500 “
VIII:	18 000—19 200	20 400—21 600	22 800—24 000	25 000—26 000 .N.	
IX:	21 000—22 500	24 000—25 500	27 000—28 500	30 000—31 000	
X:	25 000—26 800	28 600—30 400	32 200—33 400	35 400—37 000	
XI:	30 000—32 000	34 000—36 000	38 000—40 000	42 000—44 000	
XII:	38 000—41 500	45 000—48 000	51 000—54 000	57 000 .N.	
XIII:	53 000—60 000	67 000—74 000	80 000 .N.		

2. Einzelgehälter.

.N. 80 000,
“ 105 000.

B. Sonderplan.

Einzelgehälter.

.N. 100 000.

IV. Die Anlage 2 (Ortzuschlag) des Beamtenbefördungsgesetzes erhält folgende Fassung:

Ortzuschlag

Ortsklasse	Jahresbetrag bei einem Grundgehalt						über bis 12 700
	über bis 11 500	über bis 12 700	über bis 15 200	über bis 16 900	über bis 25 500	über bis 38 000	
	11 500	12 700	15 200	16 900	25 500	38 000	
A ..	3200	4000	4800	5600	6400	7200	8000
B ..	2400	3000	3600	4200	4800	5400	6000
C ..	2000	2500	3000	3500	4000	4500	5000
D ..	1600	2000	2400	2800	3200	3600	4000
E	1200	1500	1800	2100	2400	2700	3000
Durchschnittsatz für die Berechnung des Ruhgehalts	2080	2600	3120	3640	4160	4680	5200

Art. 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 in Kraft.

Die am 30. September 1921 im Dienst befindlich gewesenen planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten behalten ihr Besoldungs- und Vergütungsdienstalter.

Ist ein Beamter mit Wirkung vom 1. Oktober 1921, 1. November 1921 oder von einem zwischen diesen beiden Tagen liegenden Zeitpunkt ab in eine andere Besoldungsgruppe übergetreten, so werden der Berechnung des Besoldungsdienstalters in der neuen Besoldungsgruppe die alten Grundgehaltszüge zugrunde gelegt. Bei späterem Übertritt gelten die neuen Züge.

Art.

Solche Beamten, für die eine Einstufung in eine niedrigere Besoldungsgruppe oder eine jüngere Herabsetzung ihrer Bezüge nach dem Reichs-Spergesetz erforderlich werden kann, können demgegenüber aus den Bestimmungen dieses Gesetzes wohlerworbene Rechte nicht herleiten.

Art. 4

Die neuen Züge der Grundgehalter und Ortzuschläge sind der Berechnung der Wartegehalter, Ruhgehalter und Hinterbliebenenbezüge nur mit der Maßgabe zugrunde zu legen, daß sich keine höheren Wartegehalter, Ruhgehalter und Hinterbliebenenbezüge ergeben, als sie sich unter gleichen Umständen für einen Reichsbeamten nach den einschlägigen reichsgesetzlichen Bestimmungen ergeben würden.

Art. 5

Der Senat erlässt die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz.

Der Senat wird ermächtigt, das Beamtenbesoldungsgesetz in der durch dieses Gesetz bedingten neuen Fassung im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekanntzugeben.

Ausgefertigt Hamburg, den 19. Dezember 1921.

Der Senat.

Bekanntmachungen der Verwaltungsbehörden und der nachgeordneten Stellen.

Polizeiverordnung

über die Rückbeförderung der Lotsen von Brunsbüttel nach Cuxhaven.

Mit Ermächtigung des Herrn Reichsverkehrsministers verordnen die unterzeichneten Behörden, und zwar der Regierungspräsident mit Zustimmung des Bezirksamtschusses, in Ausführung des Artikels 1b der Übereinkunft der Elbstaaten die Erlassung schiffahrts- und strompolizeilicher Vorschriften für die Elbe betreffend, vom 13. April 1844, was folgt:

Alle aus dem Kaiser Wilhelm Kanal kommenden, elbwarts bestimmten Schiffe sind verpflichtet, Cuxhavener Lotsen unentgeltlich von Brunsbüttelsoog (Schleuse) nach Cuxhaven mitzunehmen, wo sie vom Niededamnyer abgeholt werden. Auf der Fahrt bis Cuxhaven ist den Lotsen ein geeigneter Unterkunftsraum zuzuteilen.

Zwiderhandlungen gegen die Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu M 100 bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine entsprechende Haftstrafe tritt.

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1922 in Kraft.

Schleswig,
Hamburg, den 20. Dezember 1921.

Der Regierungspräsident
in Schleswig.

Die Deputation für Handel,
Schiffahrt und Gewerbe in Hamburg.

Polizeiverordnung, betreffend Droschen.

Auf Grund §§ 37 und 76 der Reichsgewerbeordnung wird in Übereinstimmung mit der Gemeindebehörde in Abänderung des § 2 der Polizeiverordnung vom 10. November 1921 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 609) für Droschen bis auf weiteres folgendes verordnet:

Die Führer von Kraftdroschen sind berechtigt, für jede Fahrt das 20fache und die Führer von Pferdedroschen das 10fache des vom Fahrpreisanzeiger angezeigten, dem Tarif vom 10. November 1921 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 609) entsprechenden Betrages als Fahrgeld zu erheben.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Hamburg, den 20. Dezember 1921.

Die Polizeibehörde.